

MARKUS MARTERBAUER: WIEN – EINE REICHE STADT WÄCHST



Markus Marterbauer leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK-Wien

HOHER WOHLSTAND, DOCH ZUNEHMENDE PROBLEME DER VERTEILUNG

Die Stadt Wien liegt wirtschaftlich an der Spitze Österreichs, so wie Österreich an der Spitze der Europäischen Union steht. Dieser hohe wirtschaftliche Wohlstand findet seine Entsprechung in einem Sozialstaat guter Qualität und einem relativ hohen Lebensstandard. In dieser reichen Stadt wächst die Bevölkerung kräftig, vor allem durch Zuzug aus den Nachbarländern. Von einem hohen wirtschaftlichen und sozialen Niveau ausgehend sollten die bestehenden Probleme eigentlich relativ leicht zu bewältigen sein, sie sind allerdings durchaus fordernd: Zunehmende Ungleichheit, erhebliche Probleme in der Integrationskraft von Bildungssystem und Gesellschaft, hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und viel zu intensiver motorisierter Individualverkehr. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist gefordert.

Ein gebräuchlicher Maßstab für den Wohlstand ist die Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf: In Österreich beträgt es zu Kaufkraftstandards 32.000 Euro, knapp ein Drittel über dem EU-Durchschnitt und der zweithöchste Wert nach „der Stadt mit Umland“ Luxemburg. In Wien wiederum liegt das Bruttoregionalprodukt je EinwohnerIn um etwa ein Viertel über dem Österreich-Durchschnitt. Das hohe Niveau des Einkommens ist sehr erfreulich, doch gibt die zunehmende Ungleichheit Anlass zu Sorge. Der Anteil der Vermögenseinkommen aus Zinsen, Dividenden sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung ist über die Jahrzehnte kräftig gestiegen, diese Einkommen sind auf eine schmale Schicht an SpitzenverdienerInnen konzentriert. Gleichzeitig geht auch innerhalb der Lohneinkommen die Schere zwischen gut verdienenden Angestellten und vielen temporär, prekär oder zu schlechten Löhnen Beschäftigten auf.

In einer Wirtschaft, die über Jahrzehnte stetig Kapital akkumulieren konnte, kommt der Wohlstand besonders klar im wachsenden Vermögen der privaten Haushalte zum Ausdruck: Es lag nach der Berechnung der Universität Linz auf Basis der Daten des Household Finance and Consumption Surveys der Europäischen Zentralbank 2010 in Österreich bei 1.250 Milliarden Euro. Das ist etwa das Vierfache der jährlichen Wirtschaftsleistung und mehr als das Fünffache der Staatsschulden. In der letzten Relation kommt zum Ausdruck, dass die Volkswirtschaft keineswegs überschuldet ist;

allerdings stehen wir vor dem Problem hohen privaten Reichtums und steigender staatlicher Verschuldung.

Das hohe Niveau und der kräftige Anstieg der Vermögen der privaten Haushalte ist der erfreuliche Ausdruck wirtschaftlichen und sozialen Erfolges. Doch wie Thomas Piketty in seinem grandiosen Werk *Capital in the 21st Century* zeigt, ist in allen Ländern das Vermögen noch stärker als die Einkommen auf das oberste Prozent der Haushalte konzentriert, das oft 30 bis 40 Prozent des Vermögens besitzt. Diese Konzentration des Vermögensbesitzes zeigt sich auch in Österreich. Auf Basis der Daten der Universität Linz weist das oberste Prozent der Haushalte einen Anteil von 37 Prozent des gesamten Vermögens auf.

Finanzkrise bewirkt enormen, politisch unterschätzten Anstieg der Arbeitslosigkeit

FINANZKRISE BEWIRKT ENORMEN, POLITISCH UNTERSCHÄTZTEN ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Stadt hängen auch mit der von Banken, Finanzmärkten ausgelösten und einer falschen europäischen Wirtschaftspolitik massiv verstärkten Wirtschaftskrise zusammen, die noch lange nicht überwunden ist. Österreich ist im Vergleich mit anderen EU-Ländern besser durch die Krise gekommen, auch Wien hat sich gut geschlagen: Wirtschaftsleistung und Einkommen liegen bereits wieder über dem Niveau von 2007, während sie in der Eurozone noch darunter verharren. Wenn auch weniger bedrohlich als in der Europäischen Union, so kommen jedoch die beiden Hauptfolgen der Finanzkrise auch in Österreich und Wien ganz klar zum Ausdruck: Steigende Arbeitslosigkeit und steigende Staatsschulden.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Wien, wie in Österreich insgesamt, seit 2008 um mehr als ein Drittel gestiegen. Das ist der stärkste Anstieg seit Jahrzehnten und bildet eine Quelle vielfältiger Probleme von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie eine völlig unterschätzte gesellschaftspolitische Gefahr. Dieser dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis von zwei Entwicklungen: Erstens, der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche seit Beginn der Finanzkrise, die in einer sehr schwachen Ausweitung der Beschäftigung zum Ausdruck kommt. Zwar hat die Zahl der Beschäftigten in Wien, wie in Österreich insgesamt, von 2008 bis 2013 um 2 ½ Prozent zugenommen, doch überwiegend im Bereich der Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungssektor, während Vollzeitjobs etwa in der Sachgütererzeugung verschwunden sind. Insgesamt dürfte in diesem Zeitraum das Arbeitsvolumen in Stunden kaum gestiegen sein.

Zweitens, des starken Anstiegs des Angebots an Arbeitskräften, vor allem aufgrund des regen Zuzugs aus Deutschland, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern, sowie im Fall Wiens auch aus den anderen österreichischen Bundesländern. Österreich und Wien sind attraktive Arbeitsmärkte, die viele Menschen anziehen, vor allem wenn die Einkommenserzielungschancen in den Herkunftsländern wenig attraktiv sind. Doch dabei kommt es oft zur Verdrängung älterer, teurer Arbeitskräfte durch junge, billige. Bei rasch steigendem Arbeitsvolumen wäre das kein Problem, da die Arbeitslosen dann schnell wieder Jobs in anderen Bereichen finden. Doch in einer langen wirtschaftlichen Schwächeperiode ist das nicht der Fall und die Langzeitarbeitslosigkeit steigt bedrohlich. Die Wirtschaftspolitik schenkt dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und seiner sozialen Folgen viel zu wenig Augenmerk. Die österreichische Politik ruht sich auf der niedrigsten Arbeitslosenquote in der EU aus; ein Spitzenrang, den man zudem bald an Deutschland verlieren wird, weil dort das Angebot an Arbeitskräften geringer ist. Budgetkonsolidierung und ein angeblich drohender Arbeitskräftemangel dominieren die politische Diskussion während das wichtigste reale Problem für die Menschen in Massenarbeitslosigkeit und ihren gefährlichen Folgen besteht.